

Sportzentrum-koste es was es wolle... Jetzt schon 18 Millionen Euro

Wer kennt es nicht? Man plant den Bau eines Häuschens, veranschlagt dafür einen festen Betrag und am Ende fällt die Rechnung weit höher aus.

So nun auch in Velbert. Denn hier haben die Verantwortlichen im Jahre 2005 für den Bau eines Sportzentrums satte 12 Millionen Euro verplant. Angeblich gedeckelt, so dass der Bau gar nicht teurer werden durfte. So wollte man wohl den Kritikern begegnen, die die 12 Millionen in Frage stellten. Auch hieß es, man könne einen Teil der Baukosten mit

nicht gewusst hat, mag glauben wer will, DIE LINKE tut es jedenfalls nicht, wie Michael Alfermann, in der letzten Rats-sitzung klar stellte.

Und teurer soll die Anlage nach dem Willen der Stadtspitze und ihrer Unterstützer in CDU, SPD und Grünen nun auch werden. Allein 2,2 Millionen Euro wird die Erfüllung der Auflagen des DFB für ein regionalligataugliches Stadion (vierte Liga) kosten. Hinzukommen weitere Veränderungen der bisherigen Plana-

nungen an den Hallen, Trainingsplätzen, die Einrichtung von Wohnmöglichkeiten für Platzwarte und die gestiegene Mehrwertsteuer.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies einen Mehraufwand von summa summarum 5,5 Millionen •,

also insgesamt 17,75 Millionen •.

Da haben die Initiatoren dieses Bauvorhabens mal wieder eine kurze Sichtweise an den Tag gelegt, als sie mit den Zahlen jonglierten und den Bürgern weismachten, die Kosten für das Sportzentrum ließen sich auf maximal 12 Millionen Euro begrenzen.

Es drängt sich stark der Verdacht auf, dass sich hier Lokalpolitiker locker nach dem Motto „Koste es was es wolle“ mit den Steuergeldern der Bürger ein Denkmal setzen wollen!



Der angestrebte Bauplatz

dem Verkauf zweier Sportanlagen, dem Stadion „Sonnenblume“ und der Anlage „Am Wasserturm“, mit 6,9 Millionen Euro teilfinanzieren. Schon damals kritisierte u.a. DIE LINKE., dass die Vermarktung erst nach Inbetriebnahme der neuen Anlage erfolgen kann, somit die Verkaufserlöse erst nach der Fälligkeit der Bausumme eingingen, wenn sie denn überhaupt eingingen.

Wie die Verwaltung nun zugeben musste, ist die Teilfinanzierung über die Grundstücksverkäufe haushaltstechnisch gar nicht zulässig. Dass dies Bürgermeister Freitag als ehemaliger Kämmerer

DIE LINKE. jetzt auch in Velbert endlich Fraktion

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (GO-Reformgesetz) vom 9. Oktober 2007 verändert sich auch der Status der Ratsmitglieder Harry Gohr und Michael Alfermann der Velberter LINKEN. Sie erhalten nunmehr den Fraktionsstatus.

Enttäuscht waren die Velberter LINKEN, dass es ihnen, trotz aktivem Wahlkampf, bei den letzten Kommunalwahlen 2004 nicht gelang, den Fraktionsstatus im Rat zu erreichen. Dies wurde seinerzeit durch die hohe Zahl der Überhangmandate verhindert. Mit der Änderung der Gemeindeordnung ist der Fraktionsstatus nun gegeben

„Wir werden diese Veränderung nutzen“, so Harry Gohr, „um uns noch intensiver und aktiver für die Belange der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einzusetzen. Ganz besonders aber wollen wir Sprachrohr derjenigen sein, die durch Privatisierungspolitik und Sozialabbau an den Rand der Existenz gedrückt werden.“

So hat Ratsherr Michael Alfermann schon ganz konkret einen Antrag an den Vorsitzenden des Sozialausschusses der Stadt gestellt und gefordert, das Thema „Ein-Euro-Jobs in Velbert“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Aus dem Inhalt:

- Seite 2: Die Glosse**
Forts. von Seite 1
LINKE für Schulneubau
- Seite 3: WOB AU Verkauf vorerst gestoppt**
Kindergeld erst 2010
- Seite 4: Leben mit 347 Euro**
Ein-Euro Jobs
Arbeitsloseninitiative

Der Gleichheitsgrundsatz oder: In Velbert ticken die Uhren anders.

Eine Glosse von S. Stoff

Nur kurz war die Freude bei den LINKEN in Velbert über die neue Gemeindeordnung des Landes, die ihnen nun auch den Fraktionsstatus in unserer Stadt zubilligte. (Wir berichten auf Seite eins.) Die Reaktion aller sogenannten Demokraten ließ nicht lange auf sich warten: Da wurde auf der letzten Hauptausschusssitzung am Dienstag, dem 22.11.2007 ziemlich einmütig beschlossen, die Fraktionsgelder für die Parteien neu zu staffeln. Konkret heißt das für die LINKEN, sie bekommen - weil nur zwei Ratsmitglieder - 50 Prozent weniger Kostenerstattung als eine drei- oder gar vierköpfige Ratsfraktion.

Als wenn die Büromiete sich danach richten würde! Sagen Sie das mal einem Vermieter, der lacht Sie aus. Auch andere Kosten wie Telefon, Kopieren, Porto usw. bleiben wie sie sind.

Ich räume ein, auch die Liberalen, sprich die FDP sind davon betroffen. Nur bedienen die eine andere Wählerklientel als die LINKEN. Da ist schon mal der eine oder andere Unternehmer dabei, der sich eine großzügige Spende an die Partei leisten kann. Ist ja auch rechtens.

Die LINKEN werden eher von den Unternehmern gemieden, ist auch verständlich bei deren Sozialpolitik.

Aber die LINKEN gleich so zu beschränken ist schon ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Nicht dass Sie, lieber Leser, denken, die LINKEN machen Politik wegen des Geldes. Das haben sie noch nie gemacht, können sie auch gar nicht, weil sie ja immer klein angefangen haben. So auch in Velbert, erst einer im Rat, jetzt zwei und 2009...

Wir LINKEN lassen uns da nicht unterkriegen und werden uns auch mit weniger Fraktionsgeldern weiterhin aktiv für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Aufgemerkt!

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Fraktionssitzungen sind öffentlich, denn wir haben nichts zu verbergen. Jeden Freitag ab 18.00 Uhr in der Offerstr. 14a. Sie sind herzlichst eingeladen teilzunehmen.

Unser Büro ist zu folgenden Zeiten für Sie geöffnet:

Montags: 11.00 bis 13.00 Uhr

Mittwochs: 16.00 bis 18.00 Uhr

Donnerstags: 15.00 bis 17.00 Uhr

Telefonisch erreichen Sie uns unter:

02051-93 28 10

Impressum **Schlüsselbund**
erscheint unregelmäßig im RaumVelbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
H. Gohr und M. Alfermann,
Offerstr. 14a
42551 Velbert,
Email: mail@dielinke-velbert.de
Web: www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Himmel auf Erden

Auf die Frage, was wir LINKEN unter einem besseren Leben für die arbeitenden Menschen verstehen, lassen wir einmal unseren Lieblingsdichter Heinrich Heine antworten:

„Wir wollen auf Erden schon glücklich sein und wollen nicht länger darben.

Verschlemmen soll nicht mehr der faule Bauch was fleißige Hände erwarben...

Ja, Zuckererbsen für jedermann sobald die Schoten plätzen –

den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen!“

aus: „Deutschland ein Wintermärchen“

DIE LINKE.

Forts. v. Seite 1

Koste es was es wolle...

Vorsicht haben hingegen die Ratsherren der Partei DIE LINKE. Velbert, Michael Alfermann und Harry Gohr, bewiesen. Diese haben bereits Ende 2005 ihre Bedenken bezüglich des Bauvorhabens angemeldet und gegen dieses mobil gemacht. Sie haben nicht nur in Frage gestellt, ob Velbert sich dieses Sportzentrum leisten kann, sondern vor anfallenden Folgekosten gewarnt. Die Grundsanierung der bestehenden und gut erreichbaren Sportstätten, wie sie DIE LINKE in Velbert gefordert hatte, wäre mit 8,7 Millionen • nicht nur für die Finanzen, sondern auch für die Bürger der Stadt von Vorteil gewesen. alf.

Ratsfraktion stimmt für neuen Schulbau

Zweite Gesamtschule wäre besser

Die Ratsmitglieder der Velberter LINKEN stimmten in der Ratssitzung vom 13. November 2007 für den Vorschlag der Verwaltung in Velbert eine neue Hauptschule zu errichten.

Die Fraktion befürwortet den Standort des neuen Gebäudes an der Grünstraße, da dieser verkehrstechnisch am günstigsten liegt und nicht an einer stark befahrenen Hauptstraße.

Gemeinsam mit SPD, FDP, GRÜNEN und UVB unterstützen die LINKEN diese Planung, weil sie einen Neuanfang in dreizügiger Ganztagsform garantiert, so wie es auch die Kolleginnen und Kollegen der Lehrgewerkschaft GEW wollen. „CDU und Velbert Anders“ wurden überstimmt.

In seiner Rede vor dem Rat betonte Harry Gohr von den LINKEN allerdings deutlich, dass die LINKEN lieber gesehen hätten, wenn man die Gunst der Stunde genutzt und in unserer Stadt eine zweite Gesamtschule errichtet hätte. Er verwies deutlich darauf, dass auch in diesem Jahr wieder 200 Schülerinnen und Schüler nicht angenommen werden konnten.

WOBAU Verkauf vorerst gestoppt

Vor und nach dem Bürgerentscheid hatten die Verkaufsbefürworter immer beteuert, für sie käme nur eine sog. genossenschaftliche Lösung für die WOBAU in Frage.

Die Bürgerinitiative hatte bereits damals diese Ideen als unrealistisch bezeichnet und hat damit Recht behalten.

Nun scheint beim Bürgermeister, bei CDU und SPD wohl die Angst vor dem Votum der Bürger, welche sich mit großer Mehrheit gegen einen Verkauf der WOBAU gewandt hatten, groß zu sein. Denn in der letzten Ratssitzung erklärten sie die Bestrebungen, einen Käufer für die WOBAU zu finden für beendet.



Behalten oder an Heuschrecken verkaufen?

Weder die Mieter zeigten daran Interesse noch andere bereits bestehende Genossenschaften legten entsprechende Angebote vor.

Michael Alfermann, Ratsmitglied für DIE LINKE, sieht darin einen Erfolg der Bürgerinitiative und der vielen Menschen, die für das Bürgerbegehren unterschrieben und gestimmt haben.

Ob dieser Erfolg von langer Dauer ist muss sich jedoch erst zeigen, denn die Stadt hat nun zwar nicht an einen Finanzhai, jedoch an die eigene Stadtholding, also an sich selbst verkauft.

Der fast vollständige Verkauf der WOBAU an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (BVG) der Stadt Velbert zum Haushaltsausgleich wirft neue Probleme auf. Denn auch eine BVG kann Geld nicht aus dem Nichts erzeugen, sondern muss Kredite aufnehmen. Und diese müssen irgendwie bedient werden. Zwar ist die WOBAU ein Unternehmen, welches durchaus Gewinn macht, doch nicht in dem Maße, als dass damit solche Forderungen bedient werden könnten.

DIE LINKE befürchtet deshalb, dass der Kampf um den Erhalt der WOBAU noch lange nicht zu Ende ist. Denn um die Kredite der BVG zu bedienen sind u.a. folgende Szenarien möglich. Die WOBAU verkauft Filetstücke aus ihrem Besitz oder wird, vielleicht nach der nächsten Kommunalwahl, weiterverkauft.

Beides kann nicht im Interesse der Mieter und Bürger der Stadt Velbert sein. Für Michael Alfermann ist deshalb klar: „Wir als Opposition im Rat müssen auch in Zukunft wachsam sein und genau beobachten, was sich bei der WOBAU tut.“

alf.

Kindergeld wird frühestens 2010 erhöht

Der Aufschub der allgemeinen Kindergelderhöhung ergibt sich aus einer bislang unter Verschluss gehaltenen Absprache von Union und SPD im Koalitionsausschuss.

Die Sprecherin des Familienministeriums bestätigte entsprechende Angaben der «Süddeutschen Zeitung». Danach sei man bei dem Treffen übereingekommen, den alle zwei Jahre fälligen Bericht über die Feststellung des steuerfreien Existenzminimums nun doch erst zum regulären Termin Ende 2008 vorzulegen.

Besserverdienende werden wieder einmal profitieren.

Der Bericht erfasst alle existenznotwendigen Ausgaben wie Lebensmittel, Miete und Energiekosten. Die Jahres-

summe muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes beim Einkommen steuerfrei gestellt werden. Von einer Erhöhung des Steuerfreibetrages - derzeit 5808 Euro pro Jahr - profitieren jedoch vor allem Besserverdienende.

Und das obwohl mittlerweile 14 % aller Kinder offiziell als arm gelten.

Das ALG 2 wurde am 01.01.2005 eingeführt. Es resultiert aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und wird an bedürftige erwerbsfähige Menschen gezahlt, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben.

Seit der Einführung dieses ALG 2 hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe oder Sozialgeld angewiesenen Kinder auf mehr als 2,5 Millionen verdoppelt.

Heute ist jedes sechste Kind unter sie-

ben Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, 1965 war es nur jedes 75. Kind. Besonders betroffen sind Kinder aus Einwandererfamilien.

Die Folgen sind nicht nur finanzieller, sondern auch gesundheitlicher Art. So ist jedes dritte Kind schon bei seiner Einschulung therapiebedürftig.

Es wird geschätzt, dass 5,9 Millionen Kinder in Haushalten mit einem Jahreseinkommen der Eltern von bis zu 15.300 Euro leben. Das sind ca. 1/3 aller kindergeldberechtigten Kinder.

Fazit: Die materielle Armut von Kindern hat sich etwa alle 10 Jahre verdoppelt.

der KPee

Zum Thema Hartz IV oder wie man von 347 Euro im Monat so lebt...

Wenn Sie zu den Leuten gehören, die sich denken, „Aber man bekommt doch Miete und Heizung bezahlt - 347 Euro zum Leben sind doch viel Geld“, dann sollten Sie nachfolgende Rechnung vielleicht mal lesen:

Was man alles noch von den 347 Euro bezahlen muss:

Strom: circa 30 Euro bei sehr sparsamem Verbrauch, ohne Computer, Spülmaschine usw

Kontoführungsgebühr: circa 6 Euro - kostenlose Girokonten gibt's nur ab 1200 • Einkunft monatlich

Mobilität: circa 43,80 Euro - dies ist der Preis für ein Monatsticket Preisstufe A ab 9.00 Uhr. Nicht jeder ist fit genug, alle Wege zu Amt, Arzt, Einkauf zu Fuß zu machen

Telefon: mind. 15 Euro - viele haben kein Festnetz. Versuchen Sie mal, mit 15 Euro Handyguthaben einen Monat auszukommen

Gesundheit: mind. 8 Euro - Praxisgebühr für drei Monate: 10 Euro, Extrazahlung bei Medikamenten

Warmwasser: circa 20 Euro - das Amt bezahlt nur die Heizung

Freunde/Verwandte/Teilnahme am gesellschaftlichen Leben: circa 15 Euro -

viele sind im Verein, sei es der Sportverein oder die Arbeitsloseninitiative. Mitgliedsbeitrag, Getränke bei Sitzungen oder Freunden mal einen Kaffee anbieten zu können, kostet Geld. Verwandten zum Geburtstag wenigstens für 3 Euro etwas schenken können

Kleine Reparaturen: circa 5 Euro - Glühbirne kaputt, Staubsaugerbeutel voll usw.

Körperpflege und Putzmittel: mind. 7 Euro - z.B. Spülmittel, Seife, Deo, Waschpulver

197,20 Euro bleiben nun von den **347 Euro** übrig. Wenn Sie dann noch bedenken, dass Sie davon auch noch ansparen müssen für Bekleidung, denn es gibt kein Kleidergeld mehr, sowie für Ersatzbeschaffung von defekten Geräten (z.B. Kühlschrank) glauben Sie immer noch, „Das ist doch viel Geld?“

Ach so, gegessen haben Sie bei dieser Rechnung noch gar nichts

i.s.

Arbeitsloseninitiative startete Fragebogenaktion Hier die Auswertung:

Unsinn der Ein-Euro-Jobs

Der Fall von Peter S. gibt zu denken. Er hat seit circa einem Jahr einen 400 Euro Job offiziell beim Amt angemeldet.

Er bekommt aber tatsächlich davon nur 160 • zusätzlich, den Rest zieht ihm das Amt vom Regelsatz ab. Er spart also dem Amt monatlich 240 •.

Nun fordert das Amt, er soll einen Ein-Euro-Job mit 30 Stunden die Woche antreten. Er würde dann seinen 400 Euro-Job verlieren und dem Amt dazu circa 120 • im Monat mehr kosten, ganz zu schweigen von den 240, die es ja jetzt schon bei ihm spart.

Das Amt beharrt darauf, obwohl er ja zumindest Teilzeit durch seinen Job im ersten Arbeitsmarkt integriert ist. Nur mühsam hat er einen Aufschub bis Dezember erreicht. Wenn sein Chef ihn bis dahin Vollzeit einstellt, gut, sonst: Ein-Euro-Job oder Sperre!

Wo liegt da der Sinn?

Gegenbeispiel: Boris B., Anfang 20, möchte unbedingt einen Ein-Euro-Job. Ihm fällt die Decke auf den Kopf, er möchte etwas tun. Aber das Amt gibt ihm keinen. Mit der Begründung, er hätte eine psychische Krankheit. Aber Boris hat von seinem Arzt eine Bescheinigung, dass er arbeitsfähig ist.

i.s.

Befragt wurden 66 Menschen, die Hartz IV (ALG II) beziehen. Von diesen fühlen sich 45 (!) nicht ausreichend oder gar nicht vom Amt informiert.

Etwa die Hälfte nur fühlt sich beim Amt freundlich behandelt.

Bei ca. einem Drittel wechselt der zuständige Mitarbeiter oft.

Keine Probleme haben nur 19 von den 66 beim Amt.

Die häufigsten Probleme sind: Keinen Bescheid bekommen: 18 mal. Zu spät überwiesenes Geld: 11 mal. Probleme bei Übernahme der Nebenkosten und Heizungsendabrechnung: 11 mal. Über eine falsche Berechnung klagten acht Betroffene.

14 der 66 Befragten waren oder sind in einem Ein-Euro-Job.

Dabei fiel auf, dass zwar alle dort Unterricht erhielten, aber 12 fanden, dass sie dort nichts gelernt haben. Nur die Hälfte bekam Fahrgeld. Fast alle machten 30 Stunden in der Woche.

i.s.

